Woher kommt das? Die Statistik als solche hat keine Antwort auf diese Frage.

Den vollen Dienst mit der Waffe thaten und hatten gethan

unter je 100	in der juristischen Fakultät	in der medizinischen Fakultät	in der philosophischen Fakultät
Evangelischen	76,11	75,58	57,51
Katholiken	70,10	65,86	47,02
Juden	65,76	56,80	40,54
zusammen	**74,24**	**71,39**	**54,05;**

dagegen waren ganz militärfrei

unter je 100	in der juristischen Fakultät	in der medizinischen Fakultät	in der philosophischen Fakultät
Evangelischen	15,40	13,41	26,40
Katholiken	22,97	20,62	31,07
Juden	21,20	18,22	43,24
zusammen	**17,44**	**15,75**	**28,20.**

Wir haben es sonach wohl mit typischen Erscheinungen zu thun. Allerdings wird man, namentlich bei einer Zergliederung nach den einzelnen Fakultäten, die Abschattirungen der Einzelbilder gegenüber dem Hauptbilde nicht allzu stark betonen dürfen, weil mit der fortgesetzten Zerlegung der Zahlen deren absolute Werthe immer kleiner werden und in demselben Maße an statistischem Gewichte verlieren.

* Aus Anlaß des **Buschhoff-Prozesses** haben die **Antisemiten,** welche nur mit Lügen arbeiten zu können scheinen, in ihrer Presse verbreitet, daß der Vertheidiger im Prozesse **Rohling-Bloch, Dr. Josef Kopp,** für seine Vertheidigung 100,000 Fl. verlangt und 60,000 Fl. gleich 105,000 Mark thatsächlich erhalten habe. Hierüber zur Verantwortung gezogen, habe sich Dr. Kopp damit entschuldigt, daß er 20,000 Fl. gleich 35,000 Mark für ein Gutachten an zwei deutsche Professoren habe zahlen müssen. Wie es sich mit diesen natürlich unter dem Schein gerichtlicher Feststellungen gemachten Behauptungen verhält, geht aus einem Schreiben hervor, das Reichsrathsabgeordneter Dr. Josef Kopp, den das „Freie Blatt" in Wien, Organ zur Abwehr des Antisemitismus, um Aufklärung des Sachverhaltes ersuchte, an diese Zeitschrift gerichtet hat. Das Schreiben Dr. Kopps lautet:

„Wien, am 19. Juli 1892.

Geehrte Redaktion!

Ich erkläre, daß ich für eine Vertheidigung weder 100,000 Fl. verlangt, noch 60,000 Fl. erhalten habe, daß ich überhaupt nie zur Verantwortung gezogen wurde, daß ich nie behauptete, 20,000 Fl. an zwei deutsche Professoren für ein Gutachten gezahlt zu haben. Ich kam nie in die Lage, den Herren Professoren etwas zu geben, dieselben wurden von dem k. k. Landesgerichte Wien als Experten bestellt, und da sie keine österreichischen Staatsbeamten sind, somit nicht verhalten werden konnten, die Bestellung anzunehmen, so bedangen sie sich ein Honorar, das mit Rücksicht auf die eben so umfängliche als schwierige Arbeit (Uebersetzung und vielfache Erläuterung von 320 hebräischen Texten und Beantwortung vieler Fragen) äußerst bescheiden war und nur einen kleinen Bruchtheil der behaupteten Summe betrug. Den geforderten Betrag mußte meine Klient zu Gericht erlegen, und das Honorar wurde von Gerichte den Herren nach geleisteter Arbeit eingesendet.

Hochachtungsvoll

Dr. Josef Kopp."

Die Antisemiten suchten bekanntlich mit ihrer Behauptung die Gutachter im Buschhoff-Prozeß zu verdächtigen und als bezahlen hinzustellen, insofern sie durch hohe Honorare in eine den Juden günstige Stimmung versetzt seien. Auch diese schnöde Verdächtigung ist in ein Nichts aufgelöst. Aber gleichwohl glauben viele Menschen immer noch, daß den Ausstreuungen dieser gewerbsmäßigen Verleumder und Ehrabschneider, die aus dem Antisemitismus ein Geldgeschäft machen, Glauben zu schenken sei.

* * *

Wie die „Köln. Volksztg." mittheilt, bereitet die Staatsanwaltschaft in Cleve Strafanträge wegen Meineides gegen mehrere Zeugen im Buschhoff-Prozesse vor.

* * *

* Die Haltung der **Antisemiten** infolge des Clever Prozesses hat in Leipzig eine **Preßfehde** erzeugt, auf die wir schon verschiedentlich Bezug genommen haben. Das Leipziger Tageblatt enthält wiederum ein Eingesandt, welches wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es lautet:

„In Nummer 35 des „Leipziger Kirchenblattes (22. Juli) S. 257 findet sich folgende Bemerkung von J. J. über den Prozeß Buschhoff:

„Die Unerschütterlichkeit des Verdachtes allein — vergl. Heines (!) Fragment „Der Rabbi von Bacharach" — ist ein tief bedeutsames Zeichen, daß es dem Volke in der Zerstreuung nicht gelungen ist, liebend den Haß zu überwinden."

Also: die Juden hätten eigentlich immer uns lieben sollen und hätten unsern Haß durch Liebe überwinden sollen — trotz aller Verhöhnungen, trotz all der wahnsinnigen Verfolgungen des Mittelalters, trotz unserer Anklagen auf Kindermord und ritueller Blutabzapfung.

Wie bösen Juden! Sie lieben uns nur nicht genug! Sonst wäre Alles anders! Wir Christen freilich besitzen das Gebot „Liebet eure Feinde!" schon 1900 Jahre; das fällt aber einem Theologen von heute nicht einmal ein, wenn er dabei ist, von den Juden das Aeußerste von Friedensliebe zu verlangen.

Nein, die Juden sind schuld daran, daß unser Verdacht, daß sie unsere Kinder zu Ritualzwecken schlachten, unerschütterlich ist, trotzdem daß Sachkundige das Unsinnige dieses Verdachtes erwiesen! Die Juden sind schuld daran, daß in Folge dieses unerschütterlichen Verdachtes unschuldige Familien vor Gericht kommen und alle Leiden und Unehren mordverdächtiger Menschen durchleben müssen. Die Juden sind schuld, daß Christen des 19. Jahrhunderts auf Fahrrädern kommen und „nieder mit dem Mordhause!" rufen, — sind schuld, daß der unglücklichen Familie Buschhoff, während sie vor Gericht steht, das Haus demolirt wird.

Wieso sind an Allem denn die Juden schuld? — Weil sie uns Christen nicht genug geliebt haben, trotz aller Unbilden, die sie von uns jemals erlitten; sie hätten unseren Haß in Liebe umwandeln sollen! Die bösen Juden!

Da die Juden so bös sind, sind wir Christen nun erst recht bös und halten an unserem unerschütterlichen Verdachte fest und — werden es das nächste Mal — wieder ebenso machen. Ihr Juden sollt „Friedensliebe" üben, — eher fangen wir Christen natürlich mit dieser schönen Tugend, die uns Christus lehrte, nicht an uns abzugeben.

Damit man sich darüber trösten könne, daß Einsender ein solches Christenthum eines christlichen Theologen nur mit einer Empfindung aufzunehmen vermag, die zwischen Empörung und Ekel schwankt, will ich mich unterzeichnen. Einsender ist ja nur ein Protestantenvereinler!

Prof. Dr. Rudolf Seydel."

Ob diese Worte auf den christlichen Theologen im Lpz. Kirchenblatt Eindruck machen werden? Es ist kaum anzunehmen.

---

* In Erwägung, daß unsere **Juristen** stellenweise ein geradezu haarsträubendes **Deutsch** verbrechen, in Erwägung, daß die Urtheile derselben oft fast unverständlich sind, in weiterer Erwägung, daß dieser Mißstand dem Justizminister **v. Schelling** Anlaß gegeben, sich in einem Briefe an den Herausgeber der „Deutschen Revue" dahin zu äußern, daß er großen Werth auf Klarheit und Einfachheit in den Entscheidungen und Verfügungen der Justizbehörden lege, in Erwägung aller dieser Umstände hat die Redaktion jenes Blattes hervorragende Juristen um ihre Meinung über diese Frage ersucht. Sie veröffentlicht bereits ein Schreiben des Professors **v. Gneist.** In demselben heißt es:

„Seit länger als fünfzig Jahren lege ich den jungen Herren, welche meine Vorlesungen hören, zwei Dinge ans Herz. Das eine ist eine leserliche Handschrift, denn es ist eine große Unhöflichkeit gegen unsere Mitmenschen, unleserlich zu schreiben; eine unleserliche Unterschrift ist sogar eine sträfliche Rücksichtslosigkeit. Die andere Ermahnung geht darauf, in Bescheiden und Urtheilen ein gutes Deutsch zu schreiben. Unsere heutigen großen Gesetzeswerke sind so stilisiert, daß die preußischen Juristen sich in Goethe'schem Deutsch ausdrücken könnten. Statt dessen hat gerade die preußische Praxis gar manches barbarische Wort festgelegt, beispielsweise „Verklagter" statt „Beklagter", „Referent" statt „Relation" und dergleichen. In den Urtheilsgründen haspeln sich lange Sätze mit soviel Zwischenscheidungen ab, daß der Vorlesende den Athem verliert. Dieser handwurmartige Stil hängt auch zusammen mit der Gewohnheit der sogenannten Schachtelgründe, welche der Entscheidung mit dem Eingang: „In Erwägung, daß" die Motive in einem Athem vorangehen lassen. Unser deutsches Reichsgericht könnte durch die Stilisirung der abgedruckten Entscheidungen wohlthätig in dieser Richtung wirken, wie denn auch die früheren Herausgeber der Entscheidungen des preußischen Obertribunals eine Reihe von Jahren hindurch, besonders bei einigen Senaten, sich redlich um eine klare Schreibweise in kurzen Sätzen bemüht haben. Sehr erfreulich sind ebenso die Bemühungen des Herrn Justizministers v. Schelling in dieser Richtung. Leider haben aber mancherlei Einseitigkeiten unseres Gymnasialunterrichts anscheinend nicht günstig auf den deutschen Aufsatz eingewirkt. Wie von uns, die wir Referendararbeiten in Masse zu sehen bekommen, haben den Eindruck, daß die jetzige Generation in der Stilisirung eher zurück, als vorwärts kommt. ... Mit Erfolg könnte die Tagespresse auf üble Gewohnheiten der Gerichte einwirken, beispielsweise durch den Abdruck von abschreckenden Sätzen, wie sie in den Urtheilsgründen unserer Gerichtshöfe alltäglich vorkommen; während unsere alten Richter sich empfindlich verletzt fühlen, wenn der kontrolirende Präsident das abgefaßte Urtheil manchmal so korrigiren muß wie das Exerzitium eines Tertianers, lassen sich dieselben Herren immer noch leichter eine Kritik der Presse gefallen, und Sie werden sich ein dankenswerthes Verdienst erwerben, wenn Sie einmal eine kleine „Schreckenskammer" aus Stilproben deutscher Gerichtshöfe zusammenstellen."

Unsere Leser wissen, daß wir bereits öfter juristische Bandwürmer als abschreckende Beispiele veröffentlicht haben. Ob's etwas helfen wird? Hoffen wir das Beste.

* **Gladstones Freunde** dringen, wie man uns schreibt, in ihn, die **Pairswürde anzunehmen,** da sein Kräftezustand nicht mehr den Aufregungen des Unterhauses gewachsen ist. In diesem Falle würde er das Amt eines ersten Lord des Schatzamtes und Leiter des Hauses der Lords übernehmen, während Sir William Harcourt Schatzkanzler und Leiter des Unterhauses werden würde. Falls Gladstone dem Rathe seiner Freunde folgt, würde natürlich auch die Ersatzwahl in Middlelothian wegfällig.

---

* Die **Unanchisten-Verhaftungen in Paris** nehmen ihren Fortgang. Der Belgier (?) Schuppe freilich, welcher mit Parmeggiani, Dufournel und einem Vierten, der noch immer nicht genannt wird und den die Polizei unter der Bezeichnung „l'Allemand" kennt, nach Paris gekommen war, scheint sich wieder aus dem Staube gemacht zu haben. Dagegen konnte „der Deutsche" Freitag Abend festgenommen werden. Die Geheimpolizisten hatten ihn erkannt, als er eine Kneipe der Rue Jouquelet zwischen der Börse und der Rue Montmartre betrat, wo die Anarchisten sich gelegentlich treffen. Als er gegen sechs Uhr mit zwei Anderen herauskam, folgten ihnen die Agenten bis nach dem Börsenplatze und fielen hier über sie her. Auf dem Wege nach dem nahen Polizeibüreau in der Rue de la Banque entwischten die Drei, wurden aber bei der Passage des Panoramas eingeholt und mit Hilfe von Vorübergehenden festgenommen. Sie hatten sich im Publikum geirrt, als sie glaubten, der Ruf: „Vive l'Anarchie!", den sie ausstießen, würde in dem Bourgeois-Viertel ein Echo finden, wie drüben im Viertel Montparnasse. Der „Deutsche", ein junger Mann, dessen Aussehen mit demjenigen Ravachols Aehnlichkeit hat, stellte sich auf dem Polizeibüreau, wo der Friedensoffizier Anger ihn vernehmen wollte, stumm oder erklärte wenigstens in vielleicht absichtlich kauderwälscher Rede, er werde auf keine Frage antworten, auch nicht sagen, wie er heiße und woher er komme. Die beiden Gäste der Kneipe Constant Martin, die ihn begleitet hatten, wurden auf freien Fuß gesetzt, was von der Pariser Presse als eine Unvorsichtigkeit getadelt wird. Ueber den Anarchisten Parmeggiani erfährt man immer mehr Einzelheiten. Er war es, der vor fünf Jahren ein Haus auf Montmartre in die Luft zu sprengen suchte, weil der Wirth drei seiner Landsleute, die keine Miethe bezahlten, nicht länger beherbergen wollte. Er konnte sich den Nachforschungen der Polizei entziehen, wurde aber etwas später unter dem Namen Lafiarini verhaftet und, weil er die Polizisten mißhandelt hatte, zu zwei Monaten Gefängniß und zur Ausweisung verurtheilt. Aehnliches widerfuhr ihm in Belgien, und so wählte er London zu seinem Wohnorte. Von dort machte er in Gesellschaft Pinto einen Ausflug nach seiner Heimath, um Cerutti zu ermorden, der Pen in seinem Blatte einen Spiegel genannt hatte.

---

* **Sir Charles Euan Smith** kehrt vorläufig nicht nach England zurück, und die Meinung waltet vor, schreibt unser London-Korrespondent, daß, trotz der Vorfälle, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Marokko führten, und trotz der französischen Intriguen am Hofe des Sultans, die ganze Angelegenheit befriedigend beigelegt, und der in Vorschlag gebrachte Handelsvertrag bald zur vollendeten Thatsache werden wird. Deutschland, Italien und Spanien sollen England bereits ihrer weiteren vollständigen Uebereinstimmung mit den verfolgten Zielen und der nachdrücklichsten diplomatischen Unterstützung versichert, und im Prinzip auch einer dem Sultan zu gewährenden Konzession beigestimmt haben, um deren Gewährung er seit dem Abschluß des Madrider Vertrags unausgesetzt und beständig vergeblich gebeten hat. Das damals den Vertretern der fremden Mächte eingeräumte Recht, Unterthanen des Sultans unter ihren Schutz zu nehmen, und sie so der einheimischen Jurisdiction zu entziehen, hat nämlich zu Unzukömmlichkeiten geführt, die eine für den Sultan oft kaum erträgliche Lage geschaffen haben. Eingeborene Kaufleute, die den Staat durch Zolldefraudationen und auf anderen Wegen um Riesensummen betrogen hatten, suchten und fanden Schutz bei den fremden Konsuln und entgingen damit jeder Verfolgung und Strafe. Das britische Konsulat war dabei von besonderer Großherzigkeit gegen diese räudigen Unterthanen des Sultans, bei dem die britischen Diplomaten überhaupt Einiges auf dem Kerbholz haben. Vor einiger Zeit schuldete der Sultan der britischen Regierung eine namhafte Summe, deren Zahlung sich jedoch verzögerte. Sir William Kirby Green begab sich nach Fez, um entweder das Geld zu erheben, oder ein anderweitiges Uebereinkommen mit dem Sultan zu treffen, wenn ihm die Zahlung ungelegen wäre. Umsonst wäre diese Gunst allerdings nicht zu haben gewesen, und wahrscheinlich sollte Sir William schon damals den Abschluß des Handelsvertrags ins Auge fassen und gegen Erlaß der Schuld eintauschen. Die Instruktion lautete einfach: Geld oder Handelsvertrag! Der Sultan zog die Verhandlungen hin und Sir William starb darüber; er wurde eines Tags todt in seinem Lehnstuhl gefunden. Von den zwei Sekretären, die ihn begleiteten, kehrte der Aeltere sofort nach Tanger zurück; der Jüngere, ein „schneidiger" junger Herr blieb mit dem Entschlusse, dem Sultan wenigstens das Geld abzunehmen. Ein Kurier kam gerade an diesem Tage an; er brachte allerdings nur Privatbriefe, allein der Sultan konnte nicht wissen, ob nicht wichtige Depeschen angekommen und der junge britische Diplomat benützte diesen Umstand. Er begab sich sofort zum Sultan, daß er Instruktionen habe die sofortige Zahlung zu verlangen; sollte dieser

---

Aus Caprivi's politischer Vergangenheit.

[Nachdruck verboten.]

Im Jahre 1878 befand sich Fürst Bismarck einmal auf der Rückreise von Friedrichsruh nach Berlin im Hamburger Zuge. Auf einer der Stationen stieg Herr v. Caprivi in den Zug, um ebenfalls nach Berlin zu fahren. Da er in der Umgebung des Kanzlers bekannte sah, ließ er sich demselben vorstellen und blieb danach im Salonwagen des Fürsten Bismarck, mit dem er nun in lebhafte Unterhaltung gerieth. Mit Bezug auf diese Begegnung äußerte der Kanzler am Abend desselben Tages in Berlin zu einem Herrn in seiner Umgebung: „Ich habe mir schon oft Gedanken darüber gemacht, wer wohl einmal mein Nachfolger werden dürfte. Heute habe ich ihn gesehen."

Dieser Vorgang ist ein thatsächlicher. Wir können hinzufügen, daß er sich am 3. Juni des genannten Jahres ereignete. Am Tage zuvor hatte das Attentat Nobilings auf Kaiser Wilhelm I. stattgefunden. Die telegraphische Benachrichtigung davon rief den Reichskanzler Fürst Bismarck nach Berlin. Man muß sich die damalige politische Situation genau vergegenwärtigen, um den erwähnten Vorgang auf der Berlin-Hamburger Bahn richtig zu verstehen. Eine Woche zuvor war der Schluß des Reichstages erfolgt, nachdem er die in Folge des Hödelschen Attentats von der Regierung beantragten Maßregeln verworfen hatte. Die Spannung zwischen dem leitenden Staatsmann und der nationalliberalen Mehrheit des Reichstages war schon seit dem Beginn des Jahres 1878 eine große. Die Barziner Verhandlungen mit Herrn v. Bennigsen wegen Eintritts ins Ministerium hatten sich zerschlagen. Camphausen war den Angriffen der Nationalliberalen erlegen. Gewisse Kollegen desselben wurden von Bismarck beschuldigt, mit den Nationalliberalen gegen ihn, den Reichskanzler zu konspiriren, um den Minister v. Stosch an seine Stelle auf den Reichskanzlerposten zu erheben. Die Mehrheit des preußischen Ministeriums war gegen die Auflösung des Reichstages gestimmt. Da ereignete sich das zweite Attentat auf den Kaiser. Man begreift die Erregtheit, mit der Bismarck nach Berlin eilte. Um Herr der meuchelmörderischen Sozialdemokratie zu werden, dazu sah er in der Partei, mit der er bisher agirt hatte, nicht die genügende Stütze, dazu sah er ebenso wenig in dem Ministerium, in welchem Herr v. Stosch von den Liberalen sich auf den Schild erheben ließ, und das Minister wie Hobrecht, Leonhardt, Falk, Friedenthal und andere „Civilisten" zählte, einen Rettungsanker. Er dachte einmal wieder an die Trennung des Vorsitzes im preußischen Kabinet vom Reichskanzleramt und suchte für jenen einen energischen Mann, einen schneidigen Militär, einen anderen, als v. Stosch, der nach Bismarcks Meinung mehr ein Werkzeug der „Civilisten", als dazu geeignet schien, dem Kaiser gegenüber bei etwaigen Schwächen des Staatsministeriums die Festigkeit des letzteren bei inneren Schwierigkeiten zu sichern.

Daß eine einzige Unterredung im Salonwagen für Bismarck genügte, in Herrn v. Caprivi den passenden Mann zu erkennen, ist wohl denkbar, wenn man die Umstände erwägt, unter denen unmittelbar nach dem Attentate Nobilings Beide zusammentrafen und das große Ereigniß des Tages besprachen. Bismarck kannte Herrn v. Caprivi sehr wenig. Derselbe war zu jener Zeit überhaupt in der politischen Welt ein obscurer Mann, sein Name außerhalb der Armee kaum gehört worden. Er war damals eben Brigadegeneral geworden, als solcher nach Stettin versetzt, nachdem er in den Jahren 1870—1877 als Oberst im Kriegsministerium gearbeitet hatte. Als solcher war er einige Male mit dem Reichskanzler, nämlich im Auftrage des Kriegsministers v. Kameke, in Berührung gekommen. Im Salonwagen, am 3. Juni 1878, war natürlich von nichts anderem die Rede, als vom zweiten Attentat, von der Auflösung des Reichstages u. dergl. mehr. Es ist begreiflich, daß Fürst Bismarck mit Herrn v. Caprivi etwa das Gespräch hatte, daß er nur wenige Tage später mit dem Präsidenten der nordamerikanischen Union Grant in Berlin führte und das mit den Worten des Präsidenten endete: „Solchen Leuten gegenüber giebt es nur ein Mittel, man muß sie vernichten."

Herr v. Caprivi ist als Minister damals nicht auf die Probe gestellt worden. Fürst Bismarck blieb an der Spitze des preußischen Kabinets. Er war selbst Militär genug, oder wenn man will, Hage degen, um es mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Die Ironie der Geschichte hat es gewollt, daß derselbe Militär, den Fürst Bismarck als den geeigneten Mann ansah, um gegen die Sozialdemokratie den „civilistischen" Einflüssen im Ministerium die Spitze zu bieten, zwölf Jahre später als Reichskanzler und Ministerpräsident der Todtengräber des Sozialistengesetzes des Fürsten Bismarck geworden ist.

Jener Vorgang am 3. Juni 1878 hat heute noch keine Bedeutung. Fürst Bismarck würde nie einen Augenblick daran gedacht haben, einen Caprivi auch nur in einem flüchtigen Einfalle sich als Nachfolger vorzustellen, wenn an ihm auch nur ein Hauch von dem Dufte der Preßspelunke in der Dorotheenstraße, wo die „Reichsglocke" geläutet wurde, gehaftet hätte. Fürst Bismarck kannte vielmehr sehr genau die politische Inaktivität des Herrn v. Caprivi, und zwar kannte er sie um so besser, als in den höheren militärischen Kreisen eine solche Inaktivität damals, was die Stimmung gegen Bismarck betraf, angefangen hatte, selten zu werden. Die „Reichsglocke" hatte ihre eifrigsten Leser und Gönner unter den höheren Offizieren, unter den aktiven Generalen obenan. Der Leser- und Protektor-Kreis der „Reichsglocke" war überhaupt ein sehr exklusiv und kontrolirbarer. Das Abonnement auf jenes Wochenblatt per Post oder Zeitungsspedition war, was die höheren und höchsten Stände betrifft, nicht beliebt. Man ließ sich das Blatt allenfalls durch den Lakaien, den Offiziersburschen u. s. w. mittelst Verabfolgung eines „Bambergers" (d. h. eines Zehnpfennigstückes, nach dem Abgeordneten und Nickelbergwerksbesitzer Bamberger so genannt) jede Nummer einzeln holen. In der Expedition der „Reichsglocke" konnte man diese Boten und ihre Herrschaften sehr genau.

Die Kammerdiener waren keineswegs „diskret. „Bitte um eine Nummer für Exzellenz von Bodelschwingh", „für Graf Wesselrode", „für Se. königliche Hoheit", „für den General X.". Sehr häufig fuhren Equipagen vor, die Herren Generäle oder Exminister oder Exdiplomaten kamen selber, um sich, die fällige Nummer zu holen. Die Eleganz solcher Erscheinungen harmonirte wenig mit der Primitivität des Expeditionsraumes, in dem zugleich der Redakteur thronte, auf dessen Schreibtische Haufen von Civil- und Kriminalerkenntnissen, dazwischen ein Revolver, eine Hebpeitsche, eine kleine Tabakspfeife, deren Kopf Laskers Gesichtszüge trug, eine entkorkte Cognacflasche und ein leeres Portemonnaie lagen.

Die Expedition kannte, wie gesagt, ihr Leserpublikum, wenigstens das vornehmere, das seine Lakaien jeden Sonnabend schickte, sehr genau. Sie besaß ein vollständiges Verzeichniß, und eine Abschrift davon war — in Bismarcks Händen. Das Ausmärtige Amt hatte sogar einmal gegen die Zahlung einer Summe von 100 Mark von den Expedienten des Blattes die von der Redaktion vorgeschlägig aufgehobenen Manuskripte eines ganzen Jahrganges ausgeliefert bekommen. Der Geh. Legationsrath v. B., der die verrätherische Kiste öffnete und in den Manuskripten wühlte, rief ein Mal über das andere entzückt aus: „Da haben wir ihn ja, das ist der Graf A. und das der v. L." Er kannte die meisten Handschriften.

Herr v. Caprivi war zu jener Zeit eine Seltenheit unter den höheren Militärs. Dem Bannkreise der „Reichsglocke", die übrigens im Herbste 1877 ausgelungen hatte, war er so fern geblieben, wie kaum ein zweiter. Das Geschick des Grafen Arnim, der Kulturkampf, die liberale Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck hatten seiner Verehrung für denselben so wenig Abbruch gethan, als der Friedensfanatismus, mit dem der Reichskanzler im Februar 1876 im Reichstage gegen die Säbelrasseler erklärte:

„Denken Sie sich, meine Herren, meine Lage, wenn ich vor einem Jahre hier vor Sie getreten wäre oder hätte nun ähnlich, wie anno 1870, wo wir von Frankreich angegriffen waren, Ihnen auseinandergesetzt: Meine Herren, wir müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund dafür nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und nicht beleidigt, aber die Situation ist gefährlich; wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn, die französische reorganisirt sich in einer Weise, die in der Zeit heranrückend ist; ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 600 Millionen Mark, um zu rüsten. Würden Sie da nicht sehr geneigt gewesen sein, zuerst nach dem Arzte zu schicken, um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, daß ich nach meiner langen politischen Erfahrung die kolossale Dummheit begehen könnte, so was Sie zu treten und zu sagen: es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden, damit wir dem nun zuvorkommen, sollen